

Thilo Pfennig  
Kaiserstraße 56  
24143 Kiel

Abstimmungsleiterin  
Rathaus Kiel  
Fleethörn 9  
24103 Kiel  
Zimmer 142

11.05.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich lege hiermit Widerspruch gegen den Bürgerentscheid zu der Frage:

„Sind Sie dafür, dass sich die Landeshauptstadt Kiel an der Seite eines deutschen Hauptaustragungsortes um die Austragung Olympischer und Paralympischer Segelwettbewerbe sowie möglicher weiterer Sportarten (zum Beispiel Freiwasserschwimmen, Coastal Rowing (Küstenrudern), Handball und Rugby) für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 bewirbt?“

Diese wurde am 19.04.2026 mit einer Zustimmung entschieden. Meine Gründe:

Die Kostenschätzungen, die in dem Informationsblatt der Wahlbenachrichtigung beigelegt wurde §16g Absatz 5 widerspricht,

1. Weil die **Kostenschätzung nicht wie vorgeschrieben der Darlegung vorangestellt** wurde, sondern erst nachrangig auf Seite 3 erscheint
2. Weil die **Kostenschätzung nicht die vollständigen Kosten** der Durchführung der Olympischen-Spiele als Co-Austragungsort enthält. So sind in der Kostenschätzung nicht enthalten:
  1. Die **Baukosten für das Olympische Dorf** (ca. 60-54 Millionen Euro)
  2. Die **Bewerbungskosten für die nächsten Jahre**. Die angegebenen Personalkosten beziehen sich vermutlich nur auf die Kosten bis zum Bürgerentscheid, weil diese ungefähr die gleichen Kosten sind, die sich aus einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion 2015 für die damalige Bewerbung ergeben.
  3. Die **Kosten für die Sicherheit** während der Durchführung der Olympischen Spiele

4. Es wird behauptet, dass weitere Kosten über ein **nationales Olympiabudget** gedeckt werden. Ein solches Budget, das bereits heute alle Kosten abdeckt, gibt es aber gar nicht.
5. Es wird zudem nicht unterschieden zwischen anfallenden Gesamtkosten und dem geschätzten Kostenanteil der Stadt Kiel. Dadurch ergibt sich keine Kostentransparenz.

Aus meiner Sicht wurden Kosten hier zum einen bewusst falsch geschätzt (da öffentlich seitens der Stadt Kiel bereits höhere Ausgaben wegen Olympia versprochen wurden), oder/und bei den Kosten fehlen wichtige Posten. Am Ende entspricht die Kostenschätzung vermutlich nicht ein mal annähernd den tatsächlichen Kosten für die Durchführung der Spiele. Durch diese Fehlinformation fehlte der Bevölkerung eine transparente Informationsbasis anhand derer sie eine fundierte Entscheidung hätten treffen können. Dies wurde dadurch verstärkt, dass im Informationsschreiben, anders als 2015 die Argumente der Opposition und Gegner\*innen vollkommen verschwiegen wurde. Insofern bestand auch keine Möglichkeit sich anhand des Informationsschreibens über andere Kostenschätzungen zu informieren.

Ich bin aus oben genannten Gründen der Meinung, dass der Bürgerentscheid so nicht hätte durchgeführt werden dürfen und beantrage, dass das Ergebnis daher als nicht rechtsgültig gewertet wird.

Es stellt sich auch für die Zukunft von Bürgerentscheiden die Frage, wie wahrheitsgemäß Angaben sein müssen.

Mit freundlichen Grüßen,

Thilo Pfennig